

DEUTSCHLAND

Krankenversicherung bei Kindern oft eingeschränkt

BERLIN. Zehntausende von Kindern haben nach Kassenangaben in Deutschland nur eingeschränkten Krankenversicherungsschutz, weil ihre Eltern mit den Beiträgen im Rückstand sind. Kassenvertreter verlangen deswegen eine Änderung der Gesundheitsreform zu Gunsten der Kinder von Geringverdienern, berichtet der „Spiegel“.

Mehrheit für Koch

WIESBADEN. Bei der Landtagswahl in Hessen können CDU und FDP einer Umfrage zufolge mit einer klaren Regierungsmehrheit rechnen. In einer Erhebung der Forschungsgruppe Wahlen kommt die CDU auf 41 Prozent, die FDP auf 13 Prozent. Die SPD würde auf 25 Prozent abstürzen, die Grünen erhielten 13 Prozent, die Linke 5 Prozent.

Nelken für KPD-Gründer



BERLIN. Mehr als zehntausend Menschen haben sich in Berlin an der Gedenkveranstaltung für die vor 90 Jahren ermordeten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht beteiligt. Sie legten an der Gedenkstätte der Sozialisten rote Nelken auf das Grab von Luxemburg und Liebknecht. Eröffnet wurde das stille Gedenken vom Linkspartei-Vorsitzenden, Lothar Bisky, und Fraktionschef Gregor Gysi. Foto: dpa

DVU-Chef Frey tritt ab

MÜNCHEN. Der Gründer und langjährige Chef der rechtsextremen Deutschen Volksunion (DVU), Gerhard Frey, hat sich von der Parteilspitze zurückgezogen. Zum Nachfolger des 75-jährigen Verlegers wurde der bisherige DVU-Bundesorganisationsleiter Matthias Faust gewählt, teilte die Partei mit. dpa

EUROPA

Polen macht erneut Stimmung gegen Russland

WARSAU. Der polnische Präsident Lech Kaczyński hat angesichts des Gasstreits den starken russischen Einfluss in der EU beklagt. „Wenn Polen sich dem nicht widersetzt, wird sich niemand widersetzen“, meinte das russlandkritische Staatsoberhaupt gegenüber der Zeitung „Gazeta Wyborcza“.

WELT

Obama: Ich werde Guantanamo schließen

WASHINGTON. Der designierte US-Präsident Barack Obama gab jedoch zu: „Allerdings wird dies schwieriger, als sich das viele vorstellen“, sagte Obama in einem Fernsehinterview. Er werde das Gefangenenlager in Kuba wegen juristischer Probleme nicht wie im Wahlkampf versprochen in den ersten 100 Tagen seiner Amtszeit schließen können.

Extremisten-Angriff

ISLAMABAD. Bei schweren Gefechten im Nordwesten Pakistans sind mindestens 45 radikal-islamische Extremisten sowie 6 Sicherheitskräfte getötet worden. Wie die Armee mitteilte, attackierten in der Nacht mehr als 500 Aufständische einen Stützpunkt der Regierungstruppen in der Region Mohmand. dpa

Thema des Tages Nahost-Krieg

Am Wochenende haben Hunderttausende in ganz Europa gegen die Politik Israels demonstriert. Im Gaza-Streifen gehen die Kämpfe weiter.



Zwei israelische Soldaten in einem Panzer. Das Foto wurde während des Vorrückens der Armee im Gaza-Streifen aufgenommen. Foto: dpa

Israels Truppen stoßen in Gaza-Stadt vor

Obama kündigt Friedensinitiative an – Steinmeier wird Zeuge eines Luftangriffs

Von Dirk Breyvogel und unseren Agenturen

GAZA. Israel hat am Wochenende die Militär-Offensive in Gaza fortgesetzt. Bodentruppen stießen gestern in die südlichen Vororte von Gaza-Stadt vor. Berichte über blutige Häuserkämpfe und viele Tote in Gaza-Stadt machten die Runde. Premier Ehud Olmert bereitete seine Landsleute darauf vor, dass der Kampf gegen die radikal-islamische Hamas noch lange andauern könnte. In Flugblättern kündigte die Armee eine neue Phase der Angriffe an.

Hier ein Überblick über die weiteren Ereignisse am Wochenende:

► Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) traf gestern seine israelische Amtskollegin Zippi Livni. Nach den Worten von Livni will Israel selbst entscheiden, wann es die vor 16 Tagen begonnene Offensive im Gaza-Streifen beendet. „Wir werden niemanden für uns entscheiden lassen“, sagte sie. Einen Dialog mit der Hamas lehnte sie ab. Zuvor besuchte Steinmeier den Grenzposten Rafah und war Zeuge eines Luftangriffs. ► US-Präsident Georg W. Bush hat erneut eine Waffenruhe gefordert. Sein designierter Nachfolger Barack Obama kündigte an, nach seiner Wahl am 20. Januar im Nahen Osten vermitteln zu wollen.

► Hunderttausende haben in ganz Europa gegen den Krieg im Nahen Osten demonstriert. 50 000 Spanier versammelten sich in Madrid, 30 000 gingen in Brüssel auf die Straße, um gegen die Politik Israels zu demonstrieren. Dort kam es zu Ausschreitungen. In Berlin und anderen deutschen Städten solidarisierten sich Menschen mit Israel. ► Die Hamas hat nach Medienberichten mehrfach versucht, israelische Kampfflugzeuge abzuschießen. Die Miliz verfüge über verschiedene Arten von Luftabwehrgeschützen, berichtete die Tageszeitung „Haaretz“ unter Berufung auf Armeekreise. Bislang sei aber kein Flugzeug getroffen worden.

Piraten ertrinken nach Lösegeld-Übergabe

Boot kentert – Zwei Entführer der „Sirius Star“ werden noch vermisst

MOGADISCHU. Nach der Zahlung des Lösegelds für die Freigabe des saudischen Super-Öltankers „Sirius Star“ sind Berichten zufolge mindestens drei somalische Seeräuber ertrunken.

Der somalische Sender Shabelle berichtete in seiner Internet-Ausgabe, das Boot der Piraten sei am Samstag in schwerer See vor der Küste Somalias gekentert. Nach Angaben von Küstenbewohnern waren neun Piraten an Bord des Schnellbootes, die das Lösegeld in Höhe

von drei Millionen Dollar, rund 2,2 Millionen Euro, eingesammelt hätten. Der Nachrichtendienst Garowe berichtete, dass ein Teil des per Fallschirm abgeworfenen Lösegelds sei an Bord des Bootes gewesen.

Vier Piraten konnten laut Medien gerettet werden, drei ertranken und zwei würden vermisst. Anwohner der Küstenorte Hobyo und Harardheere fanden angeschwemmte Tüten voller Dollarnoten am Strand. Wie viel der Beute mit dem Boot unterging, ist unbekannt.

Die mit Rohöl im Wert von mehr als 100 Millionen Dollar beladene „Sirius Star“ war Mitte November von somalischen Piraten im Indischen Ozean vor der kenianischen Küste gekapert worden.

Der Tanker war die bisher größte Beute der Seeräuber, die derzeit gut ein Dutzend Schiffe in ihrer Gewalt haben. Allein im vergangenen Jahr haben die Piraten nach UN-Schätzungen mit ihren Überfällen etwa 150 Millionen Dollar Lösegeld erpresst. dpa

CDU: Konzerne erhalten notfalls Staatshilfen

Merkel geht mit Erfurter Erklärung in Koalitionsrunde zum Konjunkturpaket – Wulff kritisiert Vereinbarungen

ERFURT. Zur Rettung von Industrieunternehmen in der Wirtschaftskrise hat sich die Union für einen Einstieg des Staates geöffnet. Die CDU-Spitze sprach sich auf ihrer Klausur in Erfurt dafür aus. Damit droht neuer Streit in der Koalitionsrunde zum zweiten Konjunkturpaket heute SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier hatte eine Beteiligung an Unternehmen abgelehnt.

Die CDU verabschiedete eine „Erfurter Erklärung“ zur Senkung von Steuern und Abgaben und lehnte die SPD-Forderung nach Steuererhöhungen für Wohlhabende strikt ab. Zugleich bekannte sie sich zu einer Koalition mit der FDP nach der Bundestagswahl.

Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU) sagte, es solle eine Regelung geschaffen werden, mit der sich der Staat notfalls an Unternehmen beteiligen könne. Dies dürfe aber nicht der Regelfall werden. Merkel ließ das offen: „Es ist uns zum heutigen Zeitpunkt völlig unmöglich, alle denkbaren Konstellationen schon umfassend beschreiben zu können.“

Im Zentrum sollten Bürgschaften stehen. Es könne auch um Garantien für Anleihen gehen. Bundes-

wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) sprach sich dafür aus, Staatsbeteiligungen an Firmen als „letzte Möglichkeit“ ins zweite Konjunktur-



„Der Staat sollte den Mund nicht zu voll nehmen“

Christian Wulff, CDU-Vize

paket aufzunehmen. Niedersachsens Regierungschef Christian Wulff kritisierte die Pläne für den Firmen-Rettungsschirm von 100 Milliarden Euro und warnte vor

„Wir müssen die Krise abfedern“

Wie wirksam ist das Konjunkturpaket? Mit dem CDU-Haushaltsexperten und Bundestagsabgeordneten Jochen Konrad Fromme (Salzgitter-Wolfenbüttel) sprach Christian Kerl.



Herr Fromme, ins neue Konjunkturpaket wird immer mehr hineingepackt. Das wird teuer – aber wirkt es auch oder ist es nur Symbolpolitik?

Ich bin verhalten optimistisch. Es ist richtig zu versuchen, im Anfang einer Krise einen Impuls zu geben, um die Abwärtsentwicklung zu bremsen und möglichst sogar zu drehen. Andererseits dürfen wir die schlechten Erfahrungen der letzten 30 Jahre mit Konjunkturprogrammen nicht vergessen. Deshalb muss man die Wirksamkeit einzelner Maßnahmen sehr genau prüfen. Auf keinen Fall dürfen wir den Staatssockel erhöhen – nicht zusätzliche Ausgaben suchen, sondern Vorhaben vorziehen, vor allem bei der Infrastruktur, bei Straßen, Schienen, Gebäuden. Und Entlastungen bei Steuern oder Abgaben müssen in ein längerfristiges Konzept passen: Einmalzahlungen – ob Konsumgutscheine oder Bonuszahlungen – halte ich deshalb für falsch.



Jochen Konrad Fromme. Aber die Steuerentlastung zum Beispiel kostet den Staat zwar Milliarden, beim Einzelnen kommt dennoch wenig an – 50, 100 Euro im Jahr. Das bringt doch keine Wende...

Wichtig ist die psychologische Wirkung solcher Maßnahmen. Der Staat kann die Stimmung beeinflussen, deshalb ist es auch wichtig, jetzt alle Gruppen zu erreichen – Arbeitnehmer ebenso wie Rentner. Aber natürlich muss man einen kühlen Kopf bewahren: Generell müssen wir uns vor der Illusion hüten, der Staat könne alles retten. Was wir in der Wirtschaft erleben, ist zum Teil auch Strukturwandel, den kann man abfedern, aber nicht verhindern.

Das Konjunkturpaket gefährdet den Erfolg der Haushaltssanierung, die Schulden steigen. Ärgert Sie das?

Entscheidend ist, dass wir einen Plan beschließen, wie wir die zusätzlichen Schulden wieder zurückführen, damit nicht wie früher der staatliche Schuldenberg weiter wächst. Das Konjunkturpaket darf es deshalb nur in Verbindung mit der seit langem diskutierten Schuldenbremse in der Verfassung geben – die Chancen dafür stehen gut, die CDU hat sich gerade dazu bekannt.

► KOMMENTAR